

# Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Bezugspreis: Monatlich 2,25 Mark, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mark.  
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Briefkasten od. d. Beförderungs-Einrichtungen) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Verlagspreis: Die Abnehmer zahlen über diesen Preis noch 10% auf den ersten Heft mit 1/3 Pfg. Vorbezug.  
Anzeigen werden an den Geschäftsverwalter bis spätestens am 10. Uhr in der Geschäftsstunde eingegeben.  
Jeder Anzeiger auf Bestellung enthält, wenn der Besteller darauf besteht, eine kostenlose Karte, die dem Besteller zu Diensten ist.

Fernsprech-Anschluss Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Köhler, Guss-Okrilla.

Nummer 135

Mittwoch, den 23. November 1921

20. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Bezirkschornsteinfegermeister.

Für den 5. Bezirk, umfassend die Gemeinden Ottendorf-Okrilla, Lamsbrunn, Sonnig, L. g. u., Seifersdorf, Leppersdorf, Schönborn, W. h. u., Hermsdorf und Grünberg, ist als Bezirkschornsteinfegermeister

Herr Paul Reinhold Morgenstern

gewählt und in Pflicht genommen worden.

Ottendorf-Okrilla, am 22. November 1921.

### Der Kreisbezirksvorsitzende.

### Fleischbeschau bei Ziegen.

Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß besonders in den letzten Wochen Ziegen geschlachtet worden sind, ohne daß die vorgeschriebene Fleischbeschau durchgeführt worden ist.

Unter Hinweis auf §§ 1, 27 des Reichs-Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1920 werden die Ziegenhalter und Fleischer gewarnt, Schlachtungen von Ziegen ohne Untersuchung vorzunehmen.

Zusammenfassungen werden künftig ohne Rücksicht bestraft werden. Die Fleischer haben sich vor der Schlachtung darüber Gewißheit zu verschaffen, daß die Untersuchung der Tiere erfolgt ist.

Ottendorf-Okrilla, den 22. November 1921.

### Der Gemeindevorstand.

Für die hiesigen Kitegob-Schadigten und Kitegob-Unterblebenen ist Barchent eingekauft, welcher am

Mittwoch, den 23. November

im hiesigen Rathaus gegen Barzahlung abgehoben ist. Die Verkäufer werden ersucht, die Frist einzuhalten, da der Barchent sonst anderweitig vergeben wird. Der Preis beträgt 20 und 25 Mark der Meter.

Ottendorf-Okrilla, am 22. November 1921.

### Der Gemeindevorstand.

### Beihilfe für Arbeiterrentner.

Bedürftigen Arbeiterrentner-Empfängern soll eine einmalige Beihilfe gewährt werden nach den für die frühere Beihilfe maßgebend gewesenen Richtlinien.

Anträge auf Gewährung der Beihilfe sind von den betreffenden Arbeiterrentner-Empfängern bis spätestens 1. Dezember ds. Js. im Rathaus — Kasse — zu stellen.

Später eingehende Anträge müssen ausnahmslos unberücksichtigt bleiben.

Ottendorf-Okrilla, den 12. November 1921.

### Der Gemeindevorstand.

### Vertikales und Sachliches.

Ottendorf-Okrilla, den 22. November 1921.

— Der 1. Sonntag im Kirchenjahr, der Totensonntag ist dem Gedächtnis unserer Verstorbenen geweiht. Wie am Johannistage, wo die Natur im schönsten Blütenprunk prangt, so werden am Totensonntag, an dem die Natur bereits zum Winterschlaf sich anschickt, ebenfalls die Gräber unserer Toten nach althergebrachter Sitte mit Blumen geschmückt. Zum Friedhof lenken viele die Schritte, um in Liebe derer zu gedenken, die einst unser waren und nun im kühlen Schoß der Erde ruhen. Ach, wie manche unter ihnen lebten viel zu jung, viel zu früh, viel zu schnell in ihre Dämmerheimat zurück! Gedanken der Wehmut beschließen wohl die meisten der Friedhofsbesucher, und gewiss um so mehr, je frischer das Grab in das zum Friedhof führte, oder das draußen liegt in fremder Erde unbekannt wo. Sie alle erinnerten sich dessen, was ihnen der Verstorbenen war, und empfanden, daß man den Entschlafenen noch viel mehr hätte lieben sollen, als es geschehen.

— In den Ausfluchtstrotzen am Montag vormittag die Maschen der Fa. August Wiltner und Söhne A. G. in Koritzdorf.

X Der in der Nummer 133 dieser Zeitung erschienene Artikel Volkswille zur Wahl soll hiermit eine kurze Antwort erteilt werden, denn eine längere hätte keinen Zweck. Auf das allgemein einzuweisen ist nicht notwendig, aber wenn der Schreiber des Artikels anführt, daß der alte Gemeinde-

rat letztendlich gemerkt habe, so berührt das ganz eigenartig, da man doch voraussetzt, daß der Artikelreiber selbst aus dem letztendlich schaffenden Gemeinderat kam. Es ist da ein sehr bezeichnendes Sprichwort von wegen Klarnot. Was weiter nun die andere Moral- und Schimpfpredigt am Schlusse anbelangt, ist weiter nichts als ein Verweisungsakt, der ganz gut auf eine letztendlich Verfeinerungspolitik des Betreffenden schließen läßt.

□ In Nummer 132 dieser Zeitung erschien ein Artikel, der wegen seiner Gehässigkeit und Unschicklichkeit das Abgucken weiter Kasse erzeugt hat. Es ist bekannt, daß bei einem Wahlkampf nicht immer alle Mittel auf ihre Lauterkeit und Wahrhaftigkeit hin geprüft werden. Jede Partei sucht eben auf Kosten der anderen sich in Vorteil zu bringen. Wenn aber in einem Wahlkampf persönliche Ehre und amtliche Stellung ohne Not befeuert werden, so wendet man sich von solch niederer Gesinnung ab „mit Grauen.“ Ich habe erhaben über den Vorwurf, während meiner Amtstätigkeit parteiisch gewesen zu sein. Der Hausbesitzer- und Ortsverein hätten mir mit vollem Recht Vorwürfe gemacht, wenn sie nur einen Beweis von Parteischickerei gehabt hätten. Im Ortsverein habe ich seiner Zeit in klarer Weise den Willkürherrscher dargelegt, daß ich in den Schulortstand nicht vom Gemeinderat, sondern mit zwei anderen Kollegen von der Lehrerschaft gewählt bin. Ich habe mit ihnen die Wünsche der Lehrerschaft vorzubringen und zu vertreten. Wo ist da Parteischickerei? Auch darf ich die Eltern und Hauswörter zum Zeugen dafür anrufen, daß ich jederzeit bemüht war, während meiner langjährigen Amtszeit im Orte den obersten Grundsatz: „Gerecht zu sein“ beobachtet habe.

Es zeigt eine ganz niedere Gesinnung, wenn mit derartigen verächtlichen Waffen gekämpft wird. Denkt der Artikelreiber nicht daran, daß die Zeitung auch von unserer Jugend gelesen wird! Welchen Schaden richtet er unter ihr an, wenn solche Verleumdungen ausgetreut werden! Kennt er das 8. Gebot! Etwas niedrig hängt sich der Vorwurf, daß ich die „Kanditatur“ eingeht habe. Wenn der Artikelreiber würde 3 Jahre lang bis in die frühen Morgenstunden im Gemeinderat gearbeitet haben, aber wirklich gearbeitet, so würde er zu etwas kommen, wie gehässig er in seinem Urteil gewesen. Nur ein fast einstimmiger Beschluß einer zu besuchten Wählerversammlung hat mich bewegen, meine Kasse erneut drei Jahre lang in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Dem Lehrstand einen besonderen Dienst dadurch zu erweisen ist nach der Lage der Dinge ganz unmöglich, da erstrecktweise Staat und Landtag unsere persönlichen Verhältnisse regeln. Bewahren muß ich mich gegen die Behauptung, die drei Vereine seien bereit gewesen, einen Beamten an einflussreiche (namentlich in jedenfalls aus-sichtreicher) Stelle zu bringen. Dem Beamtenverein ist davon kein Wort mitgeteilt worden. Er ist unterm 13. 8. nur gefragt worden, ob er auf eine Listenverbindung eingiebt.

Es hätte beinahe ein Kuriosum dar, wenn die drei Vereine jeweils einen Beamten gefügt hätten, zu kandidieren, ohne die Organisation zu haben? Ebenso lege ich Wert darauf, daß behauptet wird, Auswärtige darunter Lehrer haben Zrieden gehalten und das, was vielen heilig ist, in den Sammel gezogen. In dem ganzen Zusammenhang kann es sich nur um die Herren handeln, die auf Vorschlag der Lehrerschaft vom Schulortstand zu einem Vortrag eingeladen worden sind. Diese beiden weit über Sachsenden hinaus bekannten Führer auf schulischem Gebiete Böhmer und Hiemann als Zriedner zu bezeichnen, das übersteigt wohl den Gipfel der — Gedankenlosigkeit. I der Einsichtige wird mir beipflichten, besonders wenn er den Antrag gehört hat. „Wir wählten uns der Gottheit näher“ und „das war eine Erbauungsstunde“ so lauteten Äußerungen von solchen, die in der Gemeinschaft tätig und lebendige Mitglieder sind. Zum Schluss: Als Lehrer hielt ich es für meine Pflicht, im Interesse der Erziehung unserer Kinder, die Entstellungen und Verleumdungen ins rechte Licht zu stellen. Möge jeder Leser selbst urteilen, ob es richtig war, den Wahlkampf in dieser persönlichen Weise zu führen.

— Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im sächsischen Landtage folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die von den freien Gewerkschaften bei den letzten Gemeindevahlen unternommene Überwachung der Wähler, die zu einer unzulässigen Wahlbeeinflussung der Wähler führe, nicht wiederholt wird.“ — Ferner hat dieselbe Fraktion folgende Anfrage eingebracht: „Ist die Regierung

bereit, darüber Auskunft zu erteilen, wie dem drohenden allgemeinen Warenausverkauf begegnet werden kann? Welche Maßnahmen sind regierungseitig dagegen getroffen worden?“

— Die hohe Besteuerung der Zeitungsanzeigen. Das führende Organ der Deutschen Volkspartei, die „Kölnische Zeitung“ wendet sich in einem bemerkenswerten Artikel gegen die hohe Besteuerung der Zeitungsanzeigen indem sie unter anderem schreibt: „Das Ende vom Liede aber ist auf jeden Fall, wie das schon so oft betont worden ist, die immer unaufhaltsamer hereinbrechende finanzielle Schwächung der Zeitungen. Daß der Zeitungsverlag zumal heute kein gewinnbringendes Unternehmen ist, wenn er in anständiger Weise betrieben wird, das dürfte jeder Mann, der sich nur einigermaßen einmal die Unkosten einer Zeitung veranschaulicht, klar sein. Zum Zeitungsverlag gehört ein oft recht schmerzlicher Idealismus, und nur die Liebe zum Beruf läßt manchen Verleger heute noch beim Zeitungsverlag mit seinen Kapitalen bleiben. Wer nur aus Gewinnerzielungen denkt, wird bald andere Betätigungsfelder sich suchen, wie das ja Beispiele genug verraten. Die bevorstehenden Papierpreiserhöhungen, die Herabsetzung der gesamten Postgebühren, die Lohnerhöhungen beschleunigen das Unheil für die sämtlichen Zeitungen. Anstatt den Zeitungen zu helfen, ihre Arbeit im Interesse der Gesamtheit aufrechtzuerhalten zu können, hilft der Staat mit, ihren Niedergang noch zu beschleunigen.“

— Der Haushaltsausschuß B beschäftigte sich am Freitag mit dem kommunistischen Anträgen wegen erhöhter Unterstützung für die Altersrentner und für die Erwerbslosen. Die Kommunisten verlangten die einmalige Auszahlung einer Summe von tausend Mark an jeden Altersrentner. Von Regierungseite wurde darauf hingewiesen, daß das eine einmalige Ausgabe von 325 Millionen Mark ausmachen würde und für den Staat undurchführbar sei. Wegen diese kommunistischen Demonstrationsanträge wandten sich die bürgerlichen Parteien und die Mehrheitssozialisten. Wegen der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung soll sich die sächsische Regierung an die Reichsregierung wenden und dafür sorgen, daß bis zum 15. Dezember eine Erhöhung eintreten wird. Weiter soll sich der Landtag über den Antrag der Kommunisten auf 50 prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose und Altersrentner schlüssig werden. Die sächsische Regierung hat sich dem kommunistischen Antrag angeschlossen und einen entsprechenden Antrag an die Reichsregierung bereits weitergegeben.

Dresden. Montag früh in der 8. Stunde wurde eine in der Helgolandstraße wohnhafte Frau von einem Straßenbahnwagen der Linie 6 infolge eigenen Verschuldens überfahren. Sie trug eine Verletzung des linken Fußes davon.

Reifen. Am vergangenen Sonntag haben hier die Ergänzungswahlen zum Stadtverordnetenkollegium bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent stattgefunden. Es erhielten die bürgerliche Einheitsliste 10098 Stimmen, die Mehrheitssozialisten 9140, die Unabhängigen 1269, die Kommunisten 920 Stimmen. Von den zwölf ausscheidenden Stadtverordneten erhalten die Bürgerlichen sechs und die Mehrheitssozialisten ebenfalls sechs. Es bleibt somit das alte Verhältnis 18:18 bestehen.

Sebnitz. Mehrere Frauen aus dem tschechischen Grenzorten, die hier Einkäufe bewirkt hatten, wurden auf dem Wege zum Zollamt zwischen Hertzogswalde und Thomasdorf von zwei Männern in Ziviluniform angehalten, die ihnen die Waren abnahmen, sie nach Bargeld durchsuchten und dann unter Drohungen, man werde sie noch anzeigen, entlassen. Hinterher stellte sich heraus, daß sie Schwindlern in die Hände gefallen waren. Die verschärfte Grenzsperrschleife demnach ein Gebiet für Schwindler zu werden.

Dautzen. Durch ein Schadenfeuer wurden beim Wirtschaftsbetrieb Ernst Hantsch in Neuspittwitz die Scheune und das Stallgebäude vernichtet. Das Wohngebäude wurde zwar vor den Flammen gerettet, doch ist es stark beschädigt. Man vermutet, daß das Feuer durch spielende Kinder entstanden ist. Verbrannt sind die gesamten Vorräte an Heu, Stroh, eine Menge Wirtschaftsgüter und 8 fette Schlachtgänse. Der Abgebrannte erleidet einen großen Schaden, da ungenügend versichert war.

Schirgiswalde. Großfeuer brach auf bisher noch unaufgeklärte Weise in den Werkstätten der Firma Gebrüder Freije A. G. in Kirchhain aus. Die gesamte Fateniederlage fiel den Flammen zum Opfer. Der Schaden beträgt über 1 Million Mark.